Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 02/12 – 1. Mai 2012
12. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Metalltarifrunde
Großer Wind für kleines Angebot
Seite 2

Original sozial – konsequent solidarisch
Das Landeswahlprogramm 2012
Seite 12

„Wir wissen nicht, wie es weitergeht“
Interview mit einer Schlecker-Kollegin
Seite7

& Kurz Knapp

DIE LINKE wählt neuen Kreisvorstand

Für das Amt der Sprecherin sprach die Partei Barbara Rienas (54, Angestellte) das Vertrauen aus. Als Sprecher wurde Rainer Burk (54, Angestellter) gewählt, als stellvertretende Sprecherin Jutta Potreck (48, Baustoffprüferin). Der geschäftsführende Vorstand wird komplettiert durch den wiedergewählten Schatzmeister Ralf Fischer (50, Steuerfachangestellter). Als weitere Vorstandsmitglieder bestätigte die Versammlung Azize Oguz, Waltraud Steuer und Alfred Elsner. Neu in den Vorstand rückten Heike Kretschmer, Sonja Neuhaus, Ernesto Klengel, Markus Renner und Martin Stimmler.

Betreuungslücke für Kinder in Gerschede

„Mit der Schließung der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtung ZACK in Gerschede hat Sozialdezernent Renzel eine unverantwortliche Betreuungslücke für die Kinder in Gerschede geschaffen“, empört sich Barbara Rienas, Kreissprecherin der LINKEN. „Uns erreichen immer mehr Anrufe aufgeregter Eltern. Besonders beklagen sie, dass die Kinder nicht mehr wohnortnah und altersgerecht im Anschluss an den offenen Ganztag betreut werden.“

Philipp-Müller-Brücke

Nach zähem Ringen scheint der Antrag der LINKEN in der BV II zur Umbenennung der Rüttenscheider Brücke in Philipp-Müller-Brücke nun doch im Mai zur Entscheidung anzustehen. Dies wäre ein erster Schritt, mit dem die Stadt Essen sich auch zu einem dunklen Kapiteln ihrer Geschichte bekennt. Bis jetzt gibt es im öffenltichen Raum keinerlei Hinweise auf den vor 60 Jahren von der Polizei erschossenen Friedensaktivisten.

Essen kürzt bei Bildung!

Kürzungswahn des Viererbündnisses geht zu Lasten der Bürger

Von Janina Herff und Claudia Jetter

Die geplante Schließung dreier Stadtteilbibliotheken ist für die Linke im Rat der Stadt Essen nur eine von vielen Auswirkungen des unverantwortlichen Kürzungswahns von CDU, Grünen, FDP und EBB zu Lasten der städtischen Infrastruktur. Nachdem bereits das Freizeitbad Oase, und die Jugendeinrichtungen JZE und das Zack auch mit Stimmen der SPD der rigiden Kürzungspolitik der 4 Parteien zum Opfer gefallen sind, rückt die Verwaltung nun den Stadtteilbibliotheken auf den Leib.

Foto: Stefan Dolge

Die Ausleihzahlen der Bibliotheken in Holsterhausen, Stoppenberg, und Kray sind zwar gestiegen, jedoch lassen sich durch die verordneten Personalkürzungen im Kulturbereich die Standorte schlicht und ergreifend nicht mehr besetzen. Bereits jetzt ist Personal so knapp, dass es dieses Jahr zu 37 außerplanmäßigen Schließungstagen an Standorten kam.

Die Schließung der Bibliotheken bei gleichzeitig steigenden Ausleihzahlen zeigt, dass es eben nicht um verantwortungsvolles Sparen, sondern um die Zerschlagung von öffentlicher Daseinsvorsorge geht.
Weitere unsoziale Einschnitte zu Lasten der Bürger werden folgen. Wurde zurzeit nur auf Grundlage des „507-Stellen-Beschlusses“ amputiert und beschnitten folgt nun „on Top“ noch die Umsetzung des „1000-Stellen-Beschlusses“ - von CDU, GRÜNEN, FDP und EBB im Rat der Stadt Essen gefasst, jedoch mit keinerlei Konzept und System hinterlegt.

Um den Haushalt bis 2015 auf dem Papier schön zu rechnen, wurden vom sog. Viererbündnis völlig unrealistische und nicht durchdachte Kürzungsvorgaben aufgestellt - zu Lasten der Bürger unserer Stadt.

Wo CDU und Co. Investition in Bildung predigen, wird real der Abbau von Bildungseinrichtungen betrieben. Stadtteilbibliotheken sind oft erste Anlaufstellen vor allem für Kinder und Jugendliche und engagieren sich intensiv in den Bereichen Lese- und Sprachförderung. Zugang zu Bildung ist kein Luxus, vielmehr bieten die Stadtteilbibliotheken eine wohnortnahe Grundversorgung an verschiedensten Medien.

Insbesondere in ohnehin benachteiligten Stadtteilen sollten Stadtteilbibliotheken nicht geschlossen, sondern vielmehr Konzepte erarbeitet werden, um Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen den Zugang zu vielfältigen Bildungsmaterialien zu ermöglichen.

Mit dem 1000-Stellen-Beschluss drückt sich das Viererbündnis um eine öffentliche Diskussion, was in dieser Stadt an Kultur und Bildung noch finanzierbar sein soll. Doch es muss eine politische Entscheidung darüber geben, welche Bildungseinrichtungen für die Essener BürgerInnen als notwendig erachtet werden. Eine Stadt hat für ihre Bürger zu sorgen, der Zugang zu Bildung bedeutet Lebensqualität und Teilhabe.

Foto: Stefan Dolge

Metalltarifrunde

Großer Wind für kleines Angebot

Von Wolfgang Freye

In der fünften Tarifverhandlung in NRW am 18.04.2012 haben die Metall-Kapitalisten ein erstes Angebot vorgelegt. Es wurde vorher zwar groß angekündigt, fiel aber klein aus: 3% mehr Geld für 14 Monate ab 1.4. sind deutlich weniger, als der Abschluss im Öffentlichen Dienst.

Zu den Forderungen der IG Metall zur Leiharbeit und zur Festübernahme der ausgelernten Auszubildenden gab es nur Unverbindliches. Einen nächsten Termin haben die Verbände der Metallarbeitgeber erst für den 11.5. ausgemacht. Anders ausgedrückt: Sie wollen die Belegschaften hinhalten und erst mal gucken, was nach dem Ende der Friedenspflicht in der Metallindustrie am 28.4. passiert. Mit Warnstreiks ist also zu rechnen.
Die IG Metall fordert 6,5 % mehr Geld, eine Begrenzung der Leiharbeit und die Angleichung der Einkommen von Leiharbeitern an die der festen Beschäftigten („Gleiche Arbeit, gleiches Geld“) sowie eine Verpflichtung zur Festübernahme der Auszubildenden in den Ausbildungsbetrieben. Diese Forderung soll jungen Leuten eine Perspektive geben.

Anscheinend unterschätzen die Metall-Kapitalisten die Kampfbereitschaft der Belegschaften. Die ist groß, zumal das letzte Jahr erneut durch eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung und geradezu explodierende Gewinne gekennzeichnet war.

Neuer Fraktionsvorstand gewählt

Turnusgemäß zur Mitte der Legislatur hat die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen einen neuen Fraktionsvorstand gewählt: Mit Hans Peter Leymann-Kurtz ist der alte Vorsitzende auch der Neue. Neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist die Ratsfrau Janina Herff. Aus den Reihen der Sachkundigen BürgerInnen wurde Herbert Bussfeld (Vertreter im Sportausschuss) bestätigt .
Foto: Stefan Dolge

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost Druck-GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax : 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 30.05.2012..

Dossier:
Landtagswahl NRW 2012

Soziale Kraft gibt's nur mit Druck von links!

Frau Kraft hatte alles auf die gelbe, die neoliberale Karte, gesetzt – und verloren. Das Ergebnis ist bekannt: Neuwahlen. Jetzt wird am 13. Mai ein neuer Landtag gewählt.

Auch dieser Landtag braucht Druck von LINKS. Ohne eine starke LINKE gäbe es wohl heute noch Studiengebühren, wurden Bürgerbegehren immer noch schwierig durchzusetzen und der Duisburger OB Sauerland wohl noch im Amt. Ohne die Landtagsfraktion DIE LINKE gäbe es auch noch kein besseres Personalvertretungsrecht für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und auf die Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge würden wir noch heute warten.

Wer in diesem Land mehr soziale Gerechtigkeit möchte, muss DIE LINKE wählen.

Nachfolgend unser Kurzwahlprogramm mit vielen guten Gründen, DIE LINKE wieder in den Landtag zu wählen

Original sozial – konsequent solidarisch

Das Landeswahlprogramm 2012

NRW braucht einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der breiten Mehrheit der Menschen in unserem Land. Unser Kurzwahlprogramm zeigt die Schritte dafür auf. Einen wirklichen Politikwechsel in NRW kann es nur mit der LINKEN geben – das hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt.

Wir LINKEN haben gegen den Haushalt 2012 gestimmt, weil wir uns nicht verbiegen lassen. Bei Steuermehreinnahmen von 4,1 Mrd. Euro hätten unsere Hauptforderungen Sozialticket, mehr Geld für die Kommunen, für gute Kita-Plätze und für Sozialwohnungen problemlos finanziert werden können. SPD und Grüne waren dazu nicht bereit. Gemeinsam mit den Menschen im Land wollen wir inner- und außerhalb des Landtags weiter für unsere Ziele kämpfen – konsequent, offen und unbestechlich. Für DIE LINKE gilt: Wir sind für die Wählerinnen und Wähler verlässlich und original sozial – auch nach der Wahl!

Unsere Schuldenbremse heißt Millionärsteuer

Alle Bundesregierungen haben Steuergeschenke an Reiche und Konzerne verteilt und die öffentlichen Kassen leergefegt: Über 5 Mrd. Euro fehlen jährlich allein im Landesetat von NRW, weit mehr als die geplante Neuverschuldung für 2012. Unsere Infrastruktur verkommt und Kommunen werden in die Pleite getrieben.

Die Wahl am 13. Mai ist eine Richtungsentscheidung: Entweder wird brutal gekürzt oder die Einnahmen werden deutlich erhöht. DIE LINKE sagt: Die öffentlichen Haushalte sind strukturell unterfinanziert, auch in NRW. Nur durch eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen kann eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge in NRW gesichert und der Haushalt saniert werden.
Über eine Bundesratsinitiative für eine Millionärsteuer will DIE LINKE alle Nettovermögen über 1 Mio. Euro mit fünf Prozent besteuern. Auf NRW entfielen dann Mehreinnahmen von bis zu 16 Mrd. Euro. Damit wären Zukunftsinvestitionen ebenso finanzierbar wie der Abbau der Verschuldung. Eine Umsetzung der Schuldenbremse hieße, das Land kaputt zu sparen.
DIE LINKE fordert eine strikte Regulierung des Bankensektors und das Verbot von Boni-Zahlungen. Wir lehnen weitere Milliarden für die WestLB ab, solange private Gläubiger nicht an den Abwicklungskosten beteiligt und die Rechte der einfachen Beschäftigten nicht gesichert werden. Die öffentlichen Sparkassen wollen wir als Rückgrat der kommunalen Wirtschaft stärken und geplante Zwangszahlungen von ihnen an klamme Kommunen verhindern.

Löhne rauf und Leiharbeit verbieten

Anstatt der Krise mit rücksichtsloser Sparpolitik zu begegnen, sind sinnvolle Investitionen im Interesse der Mehrheit der Menschen notwendig. Viele Menschen sind trotz Arbeit arm. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors, der Leiharbeit und von prekärer Beschäftigung insbesondere von Frauen haben die Ausbeutung der Beschäftigten verschärft. DIE LINKE tritt für einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 10 Euro und für ein Verbot der Leiharbeit ein. Im neuen Tariftreue- und Vergabegesetz muss der vergabespezifische Mindestlohn auf 10 Euro erhöht werden. DIE LINKE fordert ein Mindestlohngesetz für NRW, das für alle Behörden und Betriebe des Landes gelten muss. Nach den Reallohnverlusten der letzten Jahre haben die Beschäftigten starke Lohnerhöhungen verdient – in ihrem Kampf stehen wir solidarisch an ihrer Seite.

DIE LINKE will ein neues Ladenschlussgesetz. Einkaufen rund um die Uhr nützt nur den großen Ketten. Die Beschäftigten zahlen drauf. Der Sonntag ist Kultur- und Ruhetag und kein Einkaufstag.

Armut statt Arme bekämpfen: Wohnraum und ein Sozialticket für NRW schaffen

Fast 1,6 Mio. Menschen leben allein in NRW von Hartz IV und jedes dritte bis vierte Kind lebt in Armut. Für sie muss es kostenlose Mittagessen in Kitas und Schulen, höhere Kinderregelsätze bei Hartz IV sowie einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut geben.

DIE LINKE wird im Landtag die Initiative starten, endlich Hartz IV und seine unwürdigen Folgen für die Menschen zu beenden. Wir fordern die sofortige Ersetzung der Ein-Euro-Jobs durch menschenwürdige Arbeitsplätze. Die Menschen brauchen sozialversicherungspflichtige und

Janina Herff, Wahlkreis 68 (Essen-Süden)

Mein Name ist Janina Herff und ich kandidiere für den Wahlkreis 68 (Essen-Süden). Ich bin 28 Jahre alt, habe einen kleinen Sohn. Ich bin für die Linke im Schul und Jugendhilfeauschuss im Rat der Stadt Essen.

Soziale Ungerechtigkeit, die zunehmende Spaltung unsere Gesellschaft und ein ausgrenzendes -„dumm machendes" - Bildungssystem haben mich dazu veranlasst, für DIE LINKE aktiv zu werden.
Ich kandidiere für DIE LINKE, weil sie für eine Gesellschaft eintritt, in der jede und jeder – unabhängig vom Geldbeutelgerechte Teilhabe und Bildungschancen besitzt.
Die Arbeit der LINKEN im Landtag NRW beweist, dass nur durch uns ein sozialer Politikwechsel erfolgt, z.B. durch Abschaffung der Studiengebühren und ein kostenfreies Kitajahr. Doch diese Schritte sind zu zaghaft. Unser Land braucht weiterhin den Druck von Links - für eine gerechte Gesellschaft. Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für Gerechtigkeit und Bildung für alle, denn: BILDUNG IST KEINE WARE

Garantie auf einen Kitaplatz:
Über 100.000 KiTa-Plätze fehlen in NRW. Alleine in Essen über 1000. Tagesplätze und Plätze für unter 3 Jährige müssen stärker ausgebaut werden.

Elternwillen stärken!
Die Eltern müssen das Recht erhalten, ihre Kinder an der Schule ihrer Wahl anzumelden. Schulentwicklungsplanung nach Elternbefragung!

Garantie auf Inklusive Beschulung
DIE LINKE kämpft für eine Garantie auf einen Platz im Gemeinsamen Unterricht bzw. in einer Integrativen Lerngruppe für Kinder mit Behinderung.

Garantie auf einen Gesamtschulplatz
Perspektivisch: Eine Schule für alle, die sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler orientiert. Sie ist inklusiv, barrierefrei, sozial und ermöglicht längeres gemeinsames Lernen.

Hochschule für Alle
Garantie auf einen Hochschulplatz. Mehr Geld für Personal, Betreuung, Ausstattung und Lehre. Bei 5%-iger Besteuerung der Vermögen über 1 Mio. Euro entfielen auf NRW 16 Milliarden Euro – der Landeshaushalt wäre ausgeglichen und nötige Investitionen auch für Bildung wären möglich.

tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse statt Kombilöhne und Leiharbeit.

Wir wenden uns gegen jede Form von Sanktionen und Leistungskürzungen. Zwangsumzüge, Strom- und Gassperren müssen beendet werden. Ohne eine gute und bezahlbare Wohnung gibt es kein menschenwürdiges Leben. Wir LINKEN fordern daher mehr preiswerte Mietwohnungen! Und zwar solche, deren Energieverbrauch gering ist und in denen Menschen barrierefrei wohnen können. Die Kürzungen der Wohnraumförderung unter SPD und Grünen müssen zurückgenommen werden – sie muss wieder auf eine Milliarde Euro erhöht werden.

Mobilität ist ein Menschenrecht, welches sich viele Hartz IV-Betroffene und Geringverdiener/-innen nicht leisten können. SPD und Grüne haben im Landtag ein bezahlbares Sozialticket verweigert. Wir wollen ein landesweites Sozialticket für 15 Euro einführen. In der Perspektive: Bus & Bahn zum Nulltarif.

Bildung ist keine Ware – Kindern und Jugendlichen gute Perspektiven bieten

Bildung muss gebührenfrei sein – vom Kindergarten bis zur Hochschule. Denn: Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen unverzüglich die über 100.000 fehlenden Kita-Plätze für Unter-Dreijährige schaffen. Eine qualitativ gute Betreuung und vorschulische Bildung in Kitas zu sichern heißt für uns, das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) durch ein neues Kitagesetz abzulösen, das allen Kindern gute Bildung und allen Erzieher/-innen gute Arbeit ermöglicht. Die soziale Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien in benachteiligten Wohngebieten muss ausgebaut werden.

Die Abschaffung der Studiengebühren und die Abschaffung der Kopfnoten – alle Fortschritte seit 2010 sind auf Druck der LINKEN und mit unseren Stimmen durchgesetzt worden. Hörsäle sind überfüllt, aber SPD und Grüne verweigern eine bessere finanzielle Ausstattung der Unis. Wir fordern ein neues demokratisches Hochschulgesetz mit dem Recht der Bachelor-Absolvent/-innen auf das Master-Studium.

Durch den unsäglichen Schulkompromiss mit der CDU hat die SPD einmal mehr ein Wahlversprechen gebrochen. Nur wir LINKEN setzen uns konsequent für eine Schule für alle ein – gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse bei individueller Förderung, kleinen Klassen, voller Lehr- und Lernmittelfreiheit, gutem und gesundem Essen. Das Inklusionsgebot der UN-Behindertenrechtskonvention muss konsequent in allen Politikfeldern umgesetzt werden.

Das Land NRW muss in gute Ausbildung investieren, nicht in Warteschleifen. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen zur Kasse gebeten werden. Auszubildende müssen nach erfolgreicher Abschlussprüfung in unbefristete Arbeitsverträge übernommen werden.

Für starke öffentliche Daseinsvorsorge, für soziale Kommunen

DIE LINKE kämpft gegen Privatisierungen öffentlichen Eigentums und für soziale Kommunen mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge. Nur noch acht von 400 Gemeinden in NRW haben einen ausgeglichenen Haushalt. Aus diesen Folgen eines steuerpolitischen Kahlschlags können sich die Kommunen nicht herausspa-ren. Stattdessen haben SPD, Grüne und FDP gegen unseren Widerstand den sogenannten Stärkungspakt beschlossen. Im Stil der Griechenland-»Hilfen« erhalten die Städte nur dann zusätzliche Gelder, wenn sie ihre sozialen und kulturellen Dienstleistungen radikal zurückführen.

Wir LINKEN wollen den kommunalen Anteil am Steuertopf des Landes schrittweise und deutlich erhöhen. Zusätzlich müssen die Kommunen durch das Land teilentschuldet werden.

Rassismus bekämpfen, Demokratie stärken

DIE LINKE streitet für demokratische Bürger/-innenbeteiligung. Wir haben im Landtag die Abwahl von Oberbürgermeister/-innen durchgesetzt und kommunale Bürger/-innenbegehren erleichtert. Wir wollen die direkte Demokratie in den Kommunen, Datenschutz, öffentlichen Raum und Selbstbestimmung weiter stärken. DIE LINKE stellt sich gegen Bespitzelung durch Unternehmen und den Staat. NRW hat ein Nazi-Problem. Dies haben sowohl die Mordserie der Nazi-Terrorbande NSU als auch die Aufmärsche und Über-

Wolfgang Freye, Wahlkreis 67

Liebe Mitbürgerinnen und -bürger,

eine rot-grüne Landesregierung braucht Druck von links! Das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre. Nur mit uns wurden die Studiengebühren schon 2011 abgeschafft. Nur mit uns wurde ein besseres Personalvertretungsrecht im Öffentlichen Dienst eingeführt, wurde die unwürdige „Residenzpflicht“ für Flüchtlinge abgeschafft, wurden Bürgerbegehren erleichtert und die direkte Demokratie gestärkt.

Wenn rot-grün dagegen mit schwarz-gelb „gekungelt“ hat, gab es „faule Kompromisse“. Der mit der CDU durchgeboxte „Schulfrieden“ schreibt das bestehende dreigliedrige Auslese-Schulsystem für Jahre fest. Der mit der FDP verabschiedete „Stärkungspakt“ für die hochverschuldeten Kommunen ist unzureichend.

Auch bei der Armutsbekämpfung hat rot-grün nicht das getan, was nötig und möglich ist. Das „Sozialticket“ Ruhr ist zu teuer und zu eingeschränkt. Das Vergabegesetz, das die Ausschreibung öffentlicher Aufträge an Tarifverträge und einen Mindestlohns binden soll, ist immer noch nicht verabschiedet. Die Leiharbeitsgesellschaft des landeseigenen Uniklinikums Essen, die trotz Protest jahrelang Klinik-Beschäftigte zweiter Klasse geschaffen hat, wurde erst durch unseren Antrag abgeschafft.

Dabei rutschen nicht nur Erwerbslose immer schneller in Hartz IV, in Armut. Fast jeder 5. abhängig Beschäftigte liegt mit seinem Lohn unter der Armutsgrenze! Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderung der Gewerkschaften nach höheren Entgelten. Sie ist gegen Leiharbeit und für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

Soziale Gerechtigkeit ist im Landtag nur mit uns zu machen. Deshalb bitte ich Sie, mit Ihrer Stimme dazu beizutragen, dass DIE LINKE wieder in den Landtag einzieht!

Ihr Kandidat im Essener Westen und in der Stadtmitte,

Wolfgang Freye

Zur Person: 57 Jahre alt, verheiratet, gelernter Werkzeugmacher. Seit 27 Jahren arbeite ich in einem Essener Metallbetrieb mit heute rund 600 Beschäftigten. Dort bin ich Betriebsratsvorsitzender.

Schon 1993 Eintritt in die PDS. 1999 bis 2009 Bezirksvertreter im Essener Westen, seit 2004 Mitglied der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR), seit 2009 im Rat.

Weitere Mitgliedschaften: IG Metall, Pro Asyl/ Flüchtlingsrat, kommunalpolitisches forum NRW.

Dossier: Landtagswahl NRW 2012

griffe von Nazis auf Migrant/-innen und Andersdenkende klargemacht. Das zeigt sich aber auch in einer unendlichen Serie von Bedrohungen, Aufmärschen und Übergriffen von Nazis auf Migrant/-innen, Linke und andere politische Gegner/-innen.

DIE LINKE unterstützt die Proteste von Menschen gegen Nazi-Strukturen, weil dieser Kampf nicht den häufig viel zu schläfrigen Behörden überlassen bleiben darf. Wo es Nazi-Aufmärsche gibt, gibt es auch Gegendemonstrationen bis hin zu Massenblockaden. DIE LINKE ist dabei! Wir treten Rassismus in jeder Form entschieden entgegen.

Nina Eumann, Wahlkreis 65

Ich bin Nina Eumann und kandidiere für den Direktwahlkreis 65. Geboren bin ich 1965 in Mülheim an der Ruhr, hier bin ich aufgewachsen und lebe heute mit meinem Lebensgefährten und unserer gemeinsamen Tochter in Mülheim-Winkhausen. 1994 trat ich in die PDS ein, außerdem bin ich Mitglied in der IG-Metall, attac, Mehr Demokratie, VVN-BdA und in der MBI (Mülheimer Bürgerinitiativen).

Die Friedensbewegung der 80er Jahre hat mich politisch geprägt und dazu gebracht, mich in einer Partei zu engagieren, die als einzige der Parteien im Bundestag konsequent für den Frieden eintritt. DIE LINKE lehnt In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr ab und fordert die Schließung aller Militärstandorte in NRW.

DIE LINKE hat viel erreicht im Landtag von NRW: die Studiengebühren sind Geschichte, das Landespersonalvertretungsgesetz wurde verbessert und OberbürgermeisterInnen können dank uns nicht nur gewählt sondern auch abgewählt werden. Das zeigt: NRW braucht eine starke Linke im Landtag, damit die soziale Frage ganz konkret gestellt wird. DIE LINKE ist die politische Kraft, die zuverlässig Druck von links macht- gemeinsam mit den Menschen, den Gewerkschaften, den Initiativen. Eine Stimme für die Linke ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit und Bildung für alle; wir stehen für ein Sozialticket, das seinen Namen zu recht trägt, für gute Kita-Plätze für jedes Kind und für mehr Geld für die kaputt gesparten Kommunen.

Wir sagen: Die öffentlichen Haushalte sind strukturell unterfinanziert, auch in NRW, auch in Essen und in Mülheim.. Dank zahlreicher Steuergeschenke an Reiche und Konzerne fehlen jährlich fünf Milliarden Euro im Landesetat von NRW. Die Steuergeschenke an die Reichen und die öffentliche Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. Rettungsschirme für Banken haben die Verschuldung hochgetrieben, während unsere Kommunen vor dem Kollaps stehen. Die öffentlichen Haushalte benötigen mehr Spielräume; eine Schuldenbremse ohne Millionärsteuer hieße allerdings, das Land kaputt zu sparen, während die Reichen immer reicher werden. NRW hat das Gewicht, über den Bundesrat die Millionärsteuer gemeinsam mit uns Linken durchzusetzen. Wir sind dazu bereit, in NRW und im Bund. Dann hätten auch Mülheim und Essen wieder mehr Möglichkeiten, in Bildung und Soziales zu investieren und damit für die Zukunft. Deshalb am 13. Mai: DIE LINKE wählen!

Erneuerbare Energien durchsetzen, NRW ökologisch umbauen

Wir fordern die sofortige Stilllegung aller AKWs, das Ende der Castor-Transporte und der Urananreicherungsanlage in Gronau. In NRW als Energieland Nr. 1 in Deutschland muss die Energiewende umgesetzt werden. Wir sind gegen neue Kohlekraftwerke. Um rasch auf 100 % erneuerbare Energien umzusteuern, müssen RWE und E.ON durch Dezentralisierung und Demokratisierung entmachtet werden. Die Energienetze gehören in öffentliches Eigentum, da Artikel 27 der Landesverfassung die Vergesellschaftung von Monopolkonzernen verlangt. Der Grundbedarf an Strom und Gas muss kostenlos zur Verfügung gestellt werden, finanziert durch progressive Tarife bei hohem Verbrauch. Wir brauchen einen NRW-Masterplan für die Energiewende, ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit einer an gute Arbeit gebundenen Förderung für den ökologischen, sozial zu gestaltenden Umbau. Wenn es nach den Ölmultis geht, wird bald in halb NRW mit der Fracking-Methode Schiefergas gefördert.

DIE LINKE lehnt das als einzige Partei kategorisch ab, auch Probebohrungen. Bei der umstrittenen Dichtheitsprüfung privater Abwasserrohre haben wir die ungerechte Regelung von SPD und Grünen verhindert. Wir verlangen ein konsequentes Vorgehen gegen die Verschmutzungen aus Industrie und Landwirtschaft.

Gegen gekaufte Politik

Wenn Unternehmen an Parteien spenden, erwarten sie eine Gegenleistung. DIE LINKE verurteilt diese Beeinflussung politischer Entscheidungen. Politik muss unabhängig sein. Wahlen werden zur Farce, wenn die Gewählten sich ihr Handeln von Großunternehmen oder Vermögenden diktieren lassen. Deshalb wollen wir Unternehmensspenden an politische Parteien verbieten. Parlamentarier/-innen dürfen nicht auf der Lohnliste von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden stehen. Es geht um die Unabhängigkeit der Parlamente und um den Schutz der Demokratie. Diätenerhöhungen lehnt DIE LINKE ab. Erst recht haben wir die außerordentliche Erhöhung um 500 Euro für luxuriöse Alterssicherung abgelehnt, die von SPD, CDU und Grünen beschlossen wurde. Der Hartz-IV-Regelsatz wurde 2011 nur um fünf Euro erhöht. Während die öffentlichen Kassen ausbluten, stützt sich die Politik immer mehr auf private Sponsoren. So wird sie käuflich – eine Hand wäscht die andere. Teure private Agenturen richten Veranstaltungen der Regierung aus. SPD-Ministerpräsidentin Kraft verbraucht Steuergelder, um für sich und ihre Partei zu werben.

Gleiche Rechte für alle

DIE LINKE steht für eine Politik, die allen Menschen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte Teilhabe und tatsächliche Gleichstellung ermöglicht. Voraussetzung hierfür ist die Abschaffung aller diskriminierenden und ausgrenzenden Strukturen und Sondergesetze. Für alle in NRW lebenden Menschen fordern wir das aktive und passive Wahlrecht. DIE LINKE setzt sich für eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik ein und fordert einen gesicherten Aufenthaltsstatus für verfolgte, ausgebeutete und unterdrückte Flüchtlinge, statt diese ins Ungewisse abzuschieben. DIE LINKE bleibt dabei: Kein Mensch ist illegal!

Frieden statt Krieg

Laut Grundgesetz ist die Bundeswehr nur für die Landesverteidigung da. Inzwischen interveniert Deutschland wieder in aller Welt. Nur wir sind gegen jede Militärintervention im Ausland. Hier in Nordrhein-Westfalen fordern wir, dass die Kräfte der Landespolizei aus dem Kriegsgebiet Afghanistan abgezogen werden. Bundeswehroffiziere, die junge Menschen zum Eintritt in die Bundeswehr und zu Auslandseinsätzen verführen sollen, haben in unseren Schulen nichts zu suchen. Ehemalige Kasernen müssen den Kommunen kostenlos für Konversionsprojekte überlassen werden.

Kurzwahlprogramm
www.dielinke-nrw.de

Dossier: Landtagswahl NRW 2012

Vom Ergebnis der Landtagswahlen in NRW am 13. Mai muss ein Signal für gute Arbeit und gute Löhne ausgehen!

Nötig ist ein Signal für eine Politik, die der Ausbreitung von Niedriglöhnen und Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und Lohndiskriminierung von Frauen wirksam Grenzen zieht.
Nötig ist eine Politik, die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und PersonalrätInnen und die Durch-setzungsmacht der Gewerkschaften stärkt. Deshalb war die inzwischen durchgesetzte Auflösung der Leiharbeitsgesellschaft am Essener Uniklinikum einer der ersten Anträge der LINKEN im Landtag. Leiharbeit gehört verboten! Menschen verleiht man nicht!
Nötig ist eine Politik, die der Warnung des DGB NRW in seinen Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl vor den Folgen einer an der sog. Schuldenbremse ausgerichteten Sanierung auf Kosten des Sozialstaates und der Beschäftigten folgt: „Wer den Staat vor Überschuldung retten will, muss Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen angemessen besteuern anstatt bei Bildung, Personal und sozialen Leistungen zu sparen.“ Die LINKE steht mit der Forderung nach einer Millionärssteuer konsequent für eine gerechte und zukunftsfähige Finanzierung von Land und Kommunen.
Druck von LINKS wirkt. Im Landtag von NRW stehen dafür das erneuerte Landespersonalvertretungsgesetz und ein wirksames Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem vergabebezogenen Mindestlohn, sozialen, ökologischen und geschlechtergerechten Mindestanforderungen. Es schützt Beschäftigte und Betriebe besonders im Handwerk vor Lohndumping und Schmutzkonkurrenz. Ohne den Druck und die Stimmen der LINKEN im Landtag wären sie so nicht beschlossen wurden.
Die LINKE hat sich im Landtag konsequent gegen Personalabbau und für eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst eingesetzt. Sie streitet für eine wirksame Besteuerung höchster Einkommen und großer Vermögen, die längst überfällig ist, damit Bund, Land und Kommunen finanziell wieder handlungsfähig werden.
Doch in den laufenden Tarifauseinandersetzungen wird den Beschäftigten erklärt, für Lohnerhöhungen über der Inflationsrate sei kein Geld da, während die Gewinne der Konzerne steigen und Abermilliarden Staatsgelder an Banken verschenkt werden.
Diese Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden. Deshalb steht die LINKE auch in den laufenden Tarifrunden ohne Wenn und Aber an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ver.di und IG Metall.

wir wählen links
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links.

Der Personalabbau bei Schlecker ist ein Symptom für den Konkurrenzkampf im Einzelhandel, der auf dem Rücken der überwiegend weiblichen Beschäftigten ausgetragen wird. Mit der Unterstützung gewerkschaftlicher Initiativen zur Verkürzung der der Ladenöffnungszeiten und zur Solidarität mit den Schlecker Beschäftigten stand die LINKE im Landtag jedoch weitgehend allein. Die Schleckerbeschäftigten brauchen keine warmen Worte, sondern schnelle Hilfe und staatliche Unterstützung zur Sicherung ihrer Existenz.

NRW braucht Druck von LINKS für einen Politikwechsel – in den Betrieben, auf der Straße und auch nach der Landtagswahl am 13. Mai im Landtag von Nordrhein- Westfalen.
Deshalb rufen wir als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf, die LINKE wieder in den Landtag zu wählen.

ErstunterzeichnerInnen (Auswahl):

Helmut Born, Betriebsratsvorsitzender, Landesbezirksvorstandsmitglied ver.di, Düsseldorf, Zeynep Bicici, Gewerkschaftssekretärin IG BAU, Oberhausen, Demir Binali, Betriebsrat TKS Duisburg, Michael Dubielczyk, Betriebsrat EVG Duisburg, Gregor Falkenhain, Rentner, ehem. ver.di Landesfachbereichsvorsitzender Bund/Länder, Solingen, Benedikt Frank, Gewerkschaftssekretär Köln, Kenan Ilhan, BR und Ortsvorstandsmitglied IG Metall, Duisburg, Stephie Karger, ver.di-Bezirksvorsitzende Herford/Minden/Lippe, Thomas Keuer, Gewerkschaftssekretär Duisburg, Henriette Kökmen, Betriebsrätin Schlecker, Hürth, Walter Malzkorn, ehem. I. Bevollmächtigter IG Metall Köln, Lohmar, Peter Nunhofer, Betriebsrat IG Metall, Dortmund, Ruth Sauerwein, Sprecherin DGB- Kreisfrauenausschuss Hagen, Jürgen Senge, Landesbezirksvorstand ver.di, Schwelm, Martina Schu, Gewerkschaftssekretärin Paderborn, Bernd Tenbensel, Gewerkschaftssekretär Dortmund, Holger Vermeer, Gewerkschaftssekretär IG BAU Essen, Alexandra Willer, Personalratsvorsitzende Uni- Klinikum Essen

Hans-Jürgen Zierus, Wahlkreis 66

Hans-Jürgen Zierus, geb. am 04.11.1946 in Steele, röm. katholisch getauft und geblieben, ledig, Vater eines Sohnes.
Nach dem Abitur auf dem Carl-Humann-Gymnasium in Essen-Steele Studium der Rechtswissenschaft in Bochum. Später als Entsorger in einem Recyclingunternehmen Sprecher des Wirtschaftsausschusses im Betriebsrat. Seit fünf Monaten verrentet.

Mitgliedschaften:
ver.di, AWO, SV-Steele, Bund Deutscher Radfahrer.
Von 1967 – bis zu meinem Eintritt in die LINKE am 1. Mai 2008 - SPD-Mitglied.
In der Zeit vor meinem Eintritt in die LINKE war ich Jugendvertreter im Bürgerausschuss Steele, Bezirksvertreter in der BV Steele / Kray, 20 Jahre Ratsherr im Rat der Stadt Essen, sechs Jahre Ausschussvorsitzender der Gruga und Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland

Für die LINKE seit 2009 sachkundiger Bürger im Grün und Gruga-Ausschuss und im Landschaftsverband Rheinland, Bundestagsdirektkandidat der LINKEN 2009

Als sog. 68er bin ich die Partei Willy-Brandt’s eingetreten, der mit Reformen gesellschaftlichem Ausgleich und der Friedenspolitik die verkrustete Gesellschaft aus dem Muff der Adenauerzeit in eine zukunftssichere Zeit geführt hat. Schröder und Clement mit ihrer Agenda 2010 ,durch immer schlimmer werdende Repressalien gegen Arbeitslose, moderner Sklaverei in Form von Leiharbeit, Förderung der Finanzheuschrecken und Steuererleichterung für Millionäre haben das Herz und den Geist meiner SPD zerstört.

Ich will als Kandidat der LINKEN mit einer starken LINKEN Landtagsfraktion dazu beitragen: dass

die Stadt Essen ihre verbriefte Selbstverwaltung zurück erhält durch eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land. Damit die kulturellen, sportlichen und sozialen Einrichtungen erhalten bleiben.

der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen wie saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Lebensmittel durch Gewinnsucht entgegenwirken

die Kleingartenvereine keine Erschließungskosten an die Stadt zahlen müssen

keine A 52 durch Essen oder Gladbeck gebaut wird, eine Verringerung des Individualverkehrs, durch den Ausbau des ÖPNV zu bezahlbaren Preisen stattfindet.

die Spaltung, und der Zerfall unserer Gesellschaft in arm und reich überwunden wird. Mobilität auch für sozial Benachteiligte, durch ein Sozial-Ticket für ganz NRW, das diesen Namen auch verdient, durchgesetzt wird..

Gregor Gysi kommt!
7. Mai, 17.30 Uhr, Willy-Brandt-Platz, Essen
DIE LINKE.

Foto: Stefan Dolge

Interview:

„Wir wissen nicht, wie es weitergeht“

Henriette Kökmen, 56 Jahre, ist Betriebsrätin bei Schlecker. Auf dem Landesparteitag der LINKEN am 31.03 trat sie in die Partei DIE LINKE ein. DIE LINKE ist für sie die einzige politische Kraft, die sich konsequent für die sozialen Belange der Menschen einsetzt, die für einen Mindestlohn ist ,wovon man leben kann , die sich am meisten für eine Rückführung der Ladenöffnung einsetzt, die gegen Hartz 4 ist. Um es auf den Punkt zu bringen, DIE LINKE ist für sie die Partei, die sich dafür einsetzt, dass die Kluft zwischen arm und reich nicht immer noch größer wird.

Wie bist Du zu Schlecker gekommen und wie lange arbeitest Du dort ?

Durch eine Zeitungsannonce, ich arbeite seit 14 Jahren bei Schlecker.

Gab es bestimmte Gründe für Dich, zu Schlecker zu gehen?

Ich war vorher 16 Jahre bei Hertie, in Köln, bis zur Schließung und danach ein halbes Jahr arbeitslos
Wenn man über Vierzig ist, hatte man es schon damals nicht leicht, eine Arbeit zu finden.

Wie hast Du die Arbeitsbedingungen bei Schlecker empfunden? War das ausschlaggebend für Deine Motivation, einen Betriebsrat zu gründen und Dich als Betriebsrätin zur Wahl zu stellen?
Die erste Zeit waren die Arbeitsbedingungen sehr gut, ich habe auch von Beginn an mein Tarifgehalt bekommen. Das änderte sich erst durch die längeren Öffnungszeiten, da diese nicht wirklich mehr Umsatz brachten, sonder nur eine Verlagerung der Einkaufszeiten waren. Dadurch mussten wir immer öfter halbe Tage alleine arbeiten, da wurden auch immer öfter die Pausen durchgemacht, weil die Arbeit sonst nicht zu schaffen war.
Motivation einen Betriebsrat zu gründen und mich zur Wahl zu stellen, waren Kolleginnen, die zu mir gekommen sind, weil sie Angst hatten. Denen wollte ich helfen, ich will das Arbeitsklima und die Arbeitsbedingungen verbessern, für die Kolleginnen da sein und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ver.di hat uns auch dazu motiviert.

Warst Du schon vor Deiner Arbeit bei Schlecker Gewerkschaftsmitglied?
Ja war ich, bei der DAG, ich bin aber leider, als ich arbeitslos wurde, ausgetreten, was ich nicht noch mal machen würde. Seit 2003 bin ich ver.di Mitglied und alle Kolleginnen und Kollegen sollten sich organisieren, denn wir sollten immer daran denken, welchen Standard wir ohne Tarifverträge und Gewerkschaften hätten.

Für die Öffentlichkeit kamen die Nachrichten über wirtschaftlichen Probleme bei Schlecker völlig überraschend. Wie war das für die Schlecker-Frauen?
Nein ,die wirtschaftlichen Probleme haben uns nicht überrascht Schon letztes Jahr konnten wir das daran merken, dass wir nicht mehr so richtig mit Ware versorgt wurden. Bei einer Betriebsräte-Konferenz wurde es auch von Seiten der Geschäftsleitung gesagt. Nur die Insolvenz kam völlig überraschend, davon haben wir auch als Betriebsräte aus den Medien oder von Kunden erfahren, da hat man uns vorher nichts von gesagt.

Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) sprach davon, dass es 20.000 freie Stellenangebote im Einzelhandel gebe. Gibt es denn schon Jobangebote für die entlassenen Mitarbeiterinnen? Wie schätzt Du bzw. der Betriebsrat die Chancen für die entlassenen Mitarbeiterinnen ein?

Nein, die wenigsten haben Jobangebote. In Köln gibt es ein paar Angebote von Aldi, das meiste kommt von Bäckereien oder McDonalds. Und es gibt so seltsamem Angebote, wie privat Kosmetik zu verkaufen, wo die Kolleginnen aber zuerst 150 Euro zahlen sollen. Also, die Chancen schätze ich für ein Teil der Kolleginnen nicht so gut ein, weil manche ohne Berufsausbildung sind und einige nicht mehr so ganz jung.

Welche Vorteile für die von der Kündigung betroffenen Mitarbeiterinnen hätte die –von der Splitterpartei FDP verhinderte – Transfergesellschaft gebracht?

Die Kolleginnen, die zum Teil auch schon länger bei Schlecker waren, hätten noch etwas dazu lernen können, und erfahren, wie sie sich richtig bewerben. So hätten sie bessere Möglichkeiten gehabt, eine Arbeit zu finden. Jetzt haben die Frauen die Kündigungen bekommen, sie wurden von heute auf morgen freigestellt – ohne Lohnfortzahlung – und mussten sofort Arbeitslosengeld beantragen. Im Falle einer Transfergesellschaft hätte der Insolvenzverwalter das Arbeitslosengeld um 20 % aufgestockt.

Wie geht es mit Dir und deinen Kollegen bei Schlecker weiter ? Was folgt für Euch aus dem Fortgang des Insolvenzverfahrens ?

Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Wir denken, ohne einen Investor kommt das Aus für uns und für Schlecker, davor haben wir Angst.

Was erwartest Du, was erwarten Deine Kolleginnen und Kollegen dabei von der Politik ?

Zuerst mal, dass niemand in einem so großen Unternehmen, das alleinige Sagen haben darf. Vielleicht hätte das Ausmaß ,wie es jetzt ist, verhindert werden können, wenn es betriebliche Mitbestimmung gegeben hätte. Zum Anderen: Es wird soviel subventioniert, es ist der Vergangenheit so viel Geld in einzelne Firmen oder in Banken geflossen die man damit gerettet hat. Warum geht das bei uns nicht?

Vielen Dank für das Interview,der ESSENER MORGEN wünscht Dir und Deinen Kolleginnen Alles Gute

Termine

1.Mai
Wie jedes Jahr beteiligen wir uns mit einem Infostand an der DGB-Veranstaltung. Dieses Jahr beginnt die Demo erstmalig um 10.00 Uhr am Giradet-Haus in Rüttenscheid und zieht dann zum Veranstaltungsort Willy-Brandt-Platz. (ab 11.00 uhr)

Auf dem traditionelle Fest zum 1. Mai ab 13.30 Uhr Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100
„ Kultur von unten, umsonst und draußen“ werden wir natürlich auch vertreten sein.

2. Mai
Ab 14.30 Uhr haut Putzfrau Else (Bärbel Beuermann, Sprecherin der ehemaligen Landtagsfraktion DIE LINKE) auf der Kettwiger Str./ Höhe Burgplatz auf den Putz. Else erklärt die Welt in unnachahmlicher Weise und vor allem warum man DIE LINKE. wählen muss.

Ab 18.00 Uhr Andrej Hunko und Kostis Benning aus Athen
in der Uni Essen (Raum R11 T00 D05) zur Griechenlandkrise

3. Mai
Ab 08.30 Uhr findet im Rahmen des landesweiten Aktionstages eine Aktion vor der ArGe / Jobcenter am Berliner Platz statt.

7. Mai
Gregor Gysi kommt! Die Veranstaltung beginnt um 17.30 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz. Zunächst stellen sich unsere DirektkanidatInnen und Ralf Michalowksy (Platz 6 auf der Landesliste und ehem. MdL) vor und im Anschluss spricht Gregor Gysi. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung von einem R&B-Projekt aus dem Grend.

10. Mai
Echte Verfassungsschützer wählen DIE LINKE
Aktion in Zusammenarbeit mit solid auf der Kettwiger.

12. Mai
Demonstration
für Philipp Müller, 11 Uhr, Rüttenscheider Brücke

16. Mai
19.00 Uhr LINKE Mitgliederversammlung ,Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Südviertel (Nähe Hbf)

GREGOR KOMMT!

7. Mai, 17.30 Uhr,
Willy-Brandt-Platz, Essen

AM 13. MAI:

DIE LINKE.